



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 193

Robin Simonow

Verkannte Pioniere der Demokratie

Die Deutsche Fortschrittspartei
im preußischen Verfassungskonflikt

Droste Verlag 2025



Copyright © 2025 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V.,
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2025
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5369-8

Vorwort

Dieses Buch ist eine leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 2024 vom Fachbereich III der Universität Trier angenommen wurde. Viele Menschen haben es ermöglicht, dass aus der Idee zu einem Promotionsprojekt über die Deutsche Fortschrittspartei schließlich ein Buch geworden ist.

Mein »Doktorvater« Prof. Dr. Christian Jansen bestärkte mich kontinuierlich darin, mit meiner Forschung eigene Wege zu gehen, aber Scheuklappen zu vermeiden, und stand mir stets mit Rat und Tat zur Seite, ohne mir den Freiraum zu nehmen, eigenständig an meinen Herausforderungen wachsen zu können. Prof. Dr. Lutz Raphael gab für die Ausarbeitung der Forschungsidee und in seinem Gutachten für die Dissertation reichhaltige Denkanstöße und Hinweise. Prof. Dr. Ewald Frie steuerte mit seinem Gutachten ebenfalls wertvolle Kritik und Anregungen bei. Abermals Christian Jansen und Lutz Raphael sowie Prof. Dr. Dr. hc. Dieter Langewiesche und Dr. Andreas Biefang schrieben Gutachten für eine Stipendiumsbewerbung. Die Gerda Henkel Stiftung stellte daraufhin die Mittel für eine finanziell unbeschwerte Promotionszeit bereit, später die DFG dank eines von Christian Jansen beantragten Forschungsprojekts. Zahlreiche Archive und Bibliotheken mit ihren hilfsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern öffneten mir ihre Bestände. Kolloquien in Trier, Berlin und Bonn boten vielfältige Impulse zum Nachdenken. Dr. Susanne Bauer half bei kniffligen Handschriften, gab stets konstruktive Ratschläge und sorgte genau wie Dr. Marius Hirschfeld dafür, dass das Leid der Promotionszeit zum halben Leid und die Freude zur doppelten Freude wurde. Benjamin Hachenberg ging mehr als einmal selbstlos auf akribische Fehlersuche. Die KGParl nahm unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dominik Geppert das Manuskript zur Veröffentlichung an und lieferte mit zwei Gutachten aus ihren Reihen noch einmal nützliche Hinweise. Prof. Dr. Andreas Schulz, Dr. Benedikt Wintgens und Verena Mink leiteten mich umsichtig und unkompliziert durch den Prozess der Drucklegung. Ihnen allen danke ich herzlich.

Sehr zu meiner Freude wurde das Manuskript im November 2024 mit dem Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnissstiftung ausgezeichnet. Für diese große Ehre danke ich dem Stiftungskuratorium und für den einmaligen Moment der Preisverleihung besonders meinem Laudator Prof. Dr. Ewald Grothe.

Petersberg, im Januar 2025

Robin Simonow

Inhalt

Einleitung

Zur Geschichte einer vernachlässigtene Partei	11
--	----

Erstes Kapitel

Die Formierung der »entschiedenen Liberalen« (1859–1861)	31
---	----

1 Politische Neuorientierung und Reorganisation der Opposition nach der Revolution	31
2 Der Beginn der »Neuen Ära« in Preußen	35
2.1 Überhöhte Erwartungen und die Tolerierungspolitik der Altliberalen	35
2.2 Die »Entschiedenen«	40
2.3 Die Gründung des Deutschen Nationalvereins als Aufbruch	46
3 Die Heeresreform	54
3.1 Streitpunkte	54
3.2 Verpasste Einsichten: Der Prinzregent als treibende Kraft	59
4 Mehr Entschiedenheit wagen	66
4.1 Überdruss, wachsender Handlungsbedarf und ein erster Programmentwurf	66
4.2 Der Bruch mit den Altliberalen	73

Zweites Kapitel

Gründung einer Partei des Nationalvereins (1861)	85
---	----

1 Namensfindung	92
2 Programmdebatte	94
3 Wahlrechtsfrage	100
4 Ringen um Waldeck	105

Drittes Kapitel

Lebenswelt, Organisation und politische Praxis	113
---	-----

1 Grundzüge der Parteiorganisation	113
1.1 Kooperation mit dem Nationalverein	113
1.2 Zentralwahlkomitee und Berliner Führungsriege	116

1.3 Öffentlichkeitsarbeit	125
1.4 Finanzen	133
2 Wahlen zum Abgeordnetenhaus	140
3 Die Fraktion	152
3.1 Sozialstruktur	152
3.2 Geschäftsordnung	162
4 Lebenswelt und soziale Orte	173

Viertes Kapitel

Entschiedenheit, Sachpolitik und Kompromissbereitschaft (1862)

1 Blankes Entsetzen am Hof, bei Konservativen und Militärs	189
2 Orientierung und Entwicklung einer politischen Strategie	201
3 Formierung einer gesamtliberalen Mehrheit in der deutschen Frage	210
4 Der Antrag Hagen und die Mär von der »Gegenoffensive«	219

Fünftes Kapitel

Der Weg in den Konflikt (1862)

1 Neuorientierung im Angesicht der Konfrontation	239
2 Enttäuschte Erwartungen in den König	244
3 In der Defensive: Die Militärfrage als Rechts- und Verfassungsfrage	250
4 Am Vorabend der Militärdebatte	263
5 Kompromissversuch: Zwischen »beiläufiger Episode« und »Komödie«	272
5.1 Der Einfluss der Altliberalen und des Kronprinzen Beitrag	276
5.2 Von der Heydts Abmachung mit Roon und der Gipelpunkt im Conseil	281
5.3 Zur Aufrichtigkeit Roons	284
5.4 Die Rolle der Fortschrittspartei	287
6 Der Übergang zum Verfassungskonflikt	293

Sechstes Kapitel

Eskalationsspirale und Pattsituation (1863)	307
1 Die Relativierung der Ministerverantwortlichkeit	311
2 Kritik an der Außenpolitik	320
3 Initiative zur Lösung der Militärfrage	325
4 Kaltstellung der Volksvertretung	336
4.1 Neue Zerwürfnisse und abermalige Eskalation	336
4.2 Selbstbehauptung des Parlaments	342

Siebtes Kapitel

Auswege aus dem Konflikt	347
1 Der ausreichend liberale Kronprinz Friedrich Wilhelm	347
2 Radikalität ohne Rückhalt: Volksappelle, Revolution und Steuerverweigerung	353

Achtes Kapitel

Die Schleswig-Holstein-Frage (1863/64)	363
1 Im Spagat zwischen verfassungs- und nationalpolitischen Anforderungen	367
2 Das verfehlte Fanal für die Herzogtümer	376
2.1 Plenardebattie: Ungewollte Polarisierungen und desaströse Außendarstellung	378
2.2 Nachbetrachtung und Erosionserscheinungen	386
3 Bismarck »auf dem Wipp«	389
3.1 Adresse statt Kriegsanleihe	393
3.2 Twesten und Arnim-Boitzenburg	397
3.3 Vor einem »Scherbenhaufen«	400

Neuntes Kapitel

Im Fadenkreuz der Regierung	403
1 Überwachung	403
1.1 Spitzel- und Agentennetz	408
1.2 Die Fraktion im Fokus	413
2 Repression und Verfolgung	419

Zehntes Kapitel	
Im Abwärtssog (1865/66)	431
1 Bleierne Aussichts- und Zwecklosigkeit	431
2 Überschattet vom Verfassungskonflikt:	
Die Zukunft Schleswig-Holsteins	443
2.1 Zur Entbehrlichkeit des Augustenburgers	443
2.2 Debatten ohne Wirkung	447
2.2.1 Vom »Berliner Kompromiss«, halben und ganzen Annexionisten	450
2.2.2 Preußen zuerst	459
3 Der Versuch eines letzten Aufbäumens	464
Elftes Kapitel	
Spaltung (1866)	475
1 Ausmanövriert und kalt erwischt	475
2 Abkehr von der Kompromisskultur	482
3 Das Indemnitätsgesetz	490
4 Nationalliberaler Aufbruch	500
Schlussbetrachtung	509
Anhang	523
Abkürzungsverzeichnis	523
Tabellenverzeichnis	525
Quellen und Literatur	526
Personenregister	554

Einleitung

Zur Geschichte einer vernachlässigten Partei

Der preußische Verfassungskonflikt ist ein integraler Baustein der politischen Geschichte Deutschlands im langen 19. Jahrhundert. Er gilt als »Zentralereignis«, »Wendepunkt«, »Wegscheide«, »Schlüsselphase« und »politisch-sozialer Machtkampf«, als Krise und Konflikt »epochalen« und »existentiellen« Ausmaßes.¹ Durch ihn erfolgte die Berufung des »Reichsgründers« Otto von Bismarck, wurde Machtpolitik nachhaltig legitimiert und schlug die »Schicksalsstunde des deutschen Liberalismus«², in der sich die preußischen Liberalen organisatorisch zu trennen begannen und sich die Nationalliberalen zur begrenzten Kooperation mit Bismarck entschieden. Aus parteiengeschichtlicher Perspektive war der Verfassungskonflikt eminenter Bestandteil der »Inkubationszeit des deutschen Partiensystems«³ und wirkte gemeinsam mit der deutschen Frage als Katalysator für die Herausbildung des Fünfparteiensystems im Kaiserreich.⁴ Eine Fülle vornehmlich verfassungsgeschichtlicher Studien hat sich mit dem Verfassungskonflikt, der Frage nach Siegern und Verlierern sowie der Bedeutung für die Entwicklung der konstitutionellen Monarchie in Deutschland beschäftigt.⁵ Ereignisse und Abläufe gelten seit Jahrzehnten als »Handbuchwissen, im Tatsächlichen unstrittig«.⁶

¹ C. SCHMITT, Staatsgefüge, 2011 [1934], S. 7 (Zentralereignis); H. A. WINKLER, 1866, 2001 [1979] (Wendepunkt); W. J. MOMMSEN, Staatsbewusstsein, 1990, S. 73 (Wegscheide); W. SIEMANN, Staatenbund, 1995, S. 413 (Schlüsselphase); H. SEIER, Liberalismus, 1997, S. 160 (politisch-sozialer Machtkampf); D. LANGEWIESCHE, Liberalismus, 1988, S. 93 (epochaler Konflikt); T. NIPPERDEY, Bürgerwelt, 1991, S. 749 (epochales Ereignis), 752 (existentieller Konflikt); H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 1995, S. 264 u. 267 (existentielle Krise).

² T. SCHIEDER, Bund, 1975, S. 184.

³ K. ROHE, Wahlen, 1992, S. 57.

⁴ G. A. RITTER, Parteien, 1985, S. 14.

⁵ Die relevante Forschungsliteratur wird im Folgenden an den gebotenen Stellen nachgewiesen. Vorläufig seien hervorgehoben: H. BOLDT, Verfassungsgeschichte, Bd. 2, 1990, S. 106–119; H.-C. KRAUS, Ursprung, 1990, sowie die Beiträge zur Kontroverse zwischen Ernst Rudolf Huber und Ernst-Wolfgang Böckenförde über die Eigenständigkeit des »deutschen Konstitutionalismus«, mit denen sich auch die Positionen aus der älteren Forschung leicht erschließen lassen: E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, 1988, S. 3–26, 358–369, insb. S. 364; E.-W. BÖCKENFÖRDE, Verfassungstyp, 1981, insb. S. 156–159; R. WAHL, Verfassungskonflikt, 1981, insb. S. 220–225; zusammenfassend zur Huber-Böckenförde-Kontroverse: E. FEHRENBACH, Verfassungsstaat, 2007, S. 71–85, sowie mit Kritik aus europäisch vergleichender Perspektive samt Neudeutung: M. KIRSCH, Monarch, 1999, S. 57–65, passim. Zur Einordnung von Kirschs Neudeutung vgl. u. a. H. SPENKUCH, Vergleichsweise besonders, 2003, S. 271–277; A. BIEFANG, Macht, 2009, S. 21–24.

⁶ H. SEIER, Liberalismus, 1997, S. 162.

Gleichwohl steht eine Gesamtdarstellung des Verfassungskonflikts, die politik-, sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven vereint, noch aus.⁷

Wichtigster parlamentarischer Exponent und Antagonist Bismarcks war die Deutsche Fortschrittspartei. Als strömungsübergreifender Zusammenschluss von gemäßigten Liberalen, Linksliberalen und Demokraten wurde sie im Juni 1861 gegründet. In ihrem Programm nannte sie als Ziel an vorderster Stelle die Gründung eines deutschen Nationalstaats unter preußischer Führung mit einem Nationalparlament, gefolgt von mehreren innenpolitischen Forderungen, die darauf abzielten, die preußische Verfassung zur Verfassungswirklichkeit werden zu lassen. Der Reformstau in Preußen, die Ablehnung der Heeresreform und die Popularität ihrer deutschlandpolitischen Forderungen katapultierten die Fortschrittspartei 1861 mit 108 und 1863 sogar mit 143 von 352 Mandaten an die Spitze des Abgeordnetenhauses. Nach vier Jahren der Missachtung der Rechte des Abgeordnetenhauses, eines von Regierung und Opposition mit harten Bandagen ausgefochtenen Konflikts, massiver staatlicher Repression sowie dem Durchbruch in der deutschen Frage 1864/66 spaltete sich eine konzessionsbereitere Gruppe von der Fortschrittspartei ab, die als Nationalliberale Partei fortan mit Bismarck zusammenarbeitete. Infolge der politischen Zersplitterung des Bürgertums und des Rückbaus der zivilgesellschaftlichen Organisationen der Nationalbewegung, allen voran des Deutschen Nationalvereins, schrumpfte die Deutsche Fortschrittspartei auf einen linksliberalen Kern zusammen, existierte aber in Opposition zu dem immer populäreren Bismarck bis 1884 weiter.⁸

Überraschenderweise hat die Fortschrittspartei bis heute keine auf archivalischen Quellen beruhende, umfassende, kritische Untersuchung erfahren – weder ihre strömungsübergreifende Blütezeit bis 1866 noch ihre weitere Entwicklung.⁹ Trotz ihrer großen politischen Bedeutung fristet sie vielmehr ein merkwürdiges Nischendasein in der Geschichtswissenschaft. Dies lässt sich auf ein Narrativ zurückführen, das mit dem Ausgang des Verfassungskonflikts rasche Verbreitung fand und die Fortschrittspartei aufs Abstellgleis der Geschichte beförderte. Den Anfang dazu hatte bereits die konservativ-gouvernementale Propaganda der Konfliktzeit gemacht. Sie identifizierte die Fortschrittspartei mit der 1848er-Demo-

⁷ Von Günther Grünthal ist seit vielen Jahren eine Gesamtdarstellung zum preußischen Parlamentarismus zwischen 1858 und 1866/67 angekündigt. Bislang existieren vielversprechende Vorabveröffentlichungen. Vgl. G. GRÜNTHAL, Verfassungswandel, 2003; vgl. ferner, weil immer wieder mit Bezug zu den 1860er Jahren: DERS., Parlamentarismus, 1982.

⁸ Zum »Normalisierungsprozess« der Wahlergebnisse der liberalen Parteien im Kaiserreich vgl. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus, 1988, S. 133–137.

⁹ Für die Zeit nach Abspaltung der Nationalliberalen vgl. U. STEINBRECHER, Parteiorganisation, 1960; K. WROBEL, Linksliberale Politik, 1973; W. v. KIESERITZKY, Liberalismus, 2002, S. 154–157, 202–218 u. passim; M. CIOLI, Pragmatismus, 2003, S. 57–98, 202–210.

kratie und unterstellte ihr, die konstitutionelle Monarchie abschaffen und ein parlamentarisches Regierungssystem einführen zu wollen, was in der eingängigen Parole von königlichem oder parlamentarischem Regiment kulminierte.¹⁰ Mit dem Auftakt zur »Revolution von oben« unterfütterten auch einige Liberale, die bislang die Fortschrittspartei unterstützt hatten, dieses Narrativ, und zwar am nachhaltigsten Hermann Baumgarten mit seiner oft rezipierten Schrift »Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik« aus dem Herbst 1866: idealistisch, doktrinär, praxisfern, unfähig, machtlos, selbstüberschätzend und mit fruchtlosen Debatten beschäftigt – in diesem Duktus rechnete Baumgarten mit den deutschen Liberalen einschließlich sich selbst, aber besonders mit der Opposition unter Führung der Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus ab.¹¹ Baumgarten, der Professor für Geschichte in Karlsruhe war, verlieh durch liberale Kronzeugschaft und wissenschaftliche Qualifikation zahlreichen fragwürdigen Aussagen, Irrtümern und weit hergeholt Handlungszusammenhängen Glaubwürdigkeit.¹² Laut Baumgarten habe die Fortschrittspartei den Kampf gegen »Krone und Feudale« eröffnet, den »Weg der rückhaltlosen Opposition« beschritten und danach gestrebt, den »strengtesten Begriff des englischen Parlamentarismus zur Geltung zu bringen«, während die Regierung immer wieder ihr Entgegenkommen signalisiert habe. Die Fortschrittspartei habe dies jedoch stets zurückgewiesen und mit ihren vermeintlich apodiktischen Rechtsdeduktionen »den langsam, mühseligen Weg der Vergleiche« und »der Kompromisse« verweigert. Außerdem monierte er polemisch, dass die Fortschrittspartei zu oft und zu lange diskutiert habe, es »politischer Widersinn« sei, »jedes Manöver abhängig zu machen von einer Diskussion unter hundert und mehr Personen«.¹³ So verknüpfte Baumgarten, der nie einem Parlament angehörte, seine Kritik am politischen Kurs beiläufig noch mit einem Seitenhieb gegen die parlamentarische Praxis, wo Debatten nötig waren, um zu Entscheidungen zu gelangen.

Die erste wissenschaftliche Darstellung der Reichsgründung von Heinrich von Sybel blieb in Baumgartens Fahrwasser. Damit waren Narrativ und zentrale

¹⁰ Vgl. den Wahlerlass des Innenministers Gustav von Jagow, 22.3.1862, in: H. FENSKA, Reichsgründung, 1977, S. 243–245, sowie die Wiedergabe diverser amtlicher Wahlerlasse in einem Bericht der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses in: SBAH 1862 (7/1), Bd. 5, S. 375–383.

¹¹ H. BAUMGARTEN, Liberalismus, 1974 [1866], S. 25–150, insb. S. 107–119, 123–137; vgl. S. HAAS, Jahrbücher, 2017, S. 335–339.

¹² Baumgarten besaß keine intimen Kenntnisse über die Fortschrittspartei, sondern wechselte bestenfalls hin und wieder mit dem ein oder anderen preußischen Abgeordneten Briefe, besonders mit Heinrich von Sybel vom Linken Zentrum, der bis Januar 1864 dem Abgeordnetenhaus angehörte. Sybel wies Baumgartens Forderungen, den Konflikt mit der Regierung zu eskalieren, im Namen der liberalen Opposition stets zurück.

¹³ H. BAUMGARTEN, Liberalismus, 1974 [1866], S. 95 (Krone und Feudale), 110 (rückhaltlose Opposition), 111 (Parlamentarismus), 117 (Kompromisse), 118 (Widersinn).

Handlungszusammenhänge vorerst etabliert. Eine konservativ gefärbte Verfassungstheorie,¹⁴ Bismarckkult, Sonderwegsideologie, Staats- und Machtfixierung sowie teleologische Prägung des wirkmächtigen borussischen Geschichtsbildes taten das Übrige, um Heeresreform, Verfassungskonflikt und das Regierungshandeln zur notwendigen Voraussetzung für die Reichsgründung zu erklären und den Anteil gesellschaftlicher Kräfte zunächst völlig zu negieren, später auf jene zu begrenzen, die spätestens 1866 den Schwenk zu Bismarck vollzogen hatten.¹⁵ Hinzu kam, dass die Geschichtswissenschaft großenteils die Deutung der politischen Auseinandersetzungen der 1860er und 1870er Jahre als Streit zwischen (fortschrittsliberalen) »Theoretikern« bzw. »Doktrinären« und (nationalliberalen) »Pragmatikern« bzw. »Realpolitikern« übernahm¹⁶ – dank Baumgartens Neffen Max Weber und dessen populärer Dichotomie von »Gesinnungsethik« und »Verantwortungsethik« finden sich diese politischen Rechtfertigungsformeln und Kampfbegriffe trotz ihrer begrenzten analytischen Aussagefähigkeit bis heute meist unhinterfragt in der Forschung.¹⁷

Für die Fortschrittspartei blieb nur die Rolle des historischen Verlierers auf dem Weg zur Reichsgründung – umso mehr, da sie zum ewigen Störenfried Bismarcks wurde, der wiederum das »Gift« der Fortschrittspartei für »mächtiger als das der Sozialisten« hielt.¹⁸ Umgekehrt erschien in den Augen von Linksliberalen die Fortschrittspartei als die gute, prinzipienfeste, nicht korrumpte Seite des Liberalismus.¹⁹ Neue Erkenntnisse blieben lange Zeit ein Nebenprodukt der Erforschung der Nationalliberalen oder das Resultat einer Nischenbeschäftigung. Letztere betrieb der langjährige Parteifunktionär Ludolf Parisius, der reichlich Material zur Verfügung hatte, aber fast ausschließlich deskriptiv arbeitete.²⁰ Hermann Oncken widmete sich dem Nationalliberalen Rudolf von Bennigsen und beleuchtete dadurch auch den Deutschen Nationalverein, dessen Geschichte eng mit der

¹⁴ Dies betont H. BOLDT, Bismarckreich, 1970, S. 124; DERS., Verfassungskonflikt, 1975, S. 99.

¹⁵ Vgl. E. FEHRENBACH, Reichsgründung, 1970; W. HARDTWIG, Aufgabe, 1980; B. FAULENBACH, Ideologie, 1980; A. BIEFANG, Streit, 1996; E. WOLFRUM, Geschichte, 2001, S. 12–14; systematische Aufarbeitung der Preußen-Historiographie bei H. SPENKUCH, Preußen, 2019, S. 371–405; die Staatsfixierung und -nähe abmildernde Sichtweise bei W. NEUGEBAUER, Preußische Geschichte, 2018, insb. S. 271–292.

¹⁶ Exemplarisch: H. B. OPPENHEIM, Waldeck, 1873, S. 212 f., 224 f.; M. PHILIPPSON, Forckenbeck, 1898, S. 136 f.; E. MARCKS, Aufstieg, Bd. 2, 1936, S. 262. Für einen rudimentären Überblick vgl. F. GRÜTZNER, Geschichtsschreibung, 1986, S. 97–108.

¹⁷ Hierzu mit pointierter Kritik: A. BIEFANG, Kompromiss, 2016, S. 25 f.

¹⁸ So Bismarck in einem Wortgefecht mit Eugen Richter während der hitzig geführten Reichstagsdebatte am 9. Mai 1884 über die Verlängerung des Sozialistengesetzes. SBRT 1884 (5/4), Bd. 1, S. 501.

¹⁹ Etwa bei O. KLEIN-HATTINGEN, Liberalismus, Bd. 1, 1911, S. 218–356, 492–502.

²⁰ L. PARSIUS, Parteien, 1878; DERS., Fortschrittspartei, 1879; DERS., Hoverbeck, 2 Bde., 1897–1900.